



Der Stadtverordnetenvorsteher  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3314  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Angelika Paa

Wiesbaden, 30.05.2012

1. Den Mitgliedern des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit  
am Dienstag, 05. Juni 2012, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

### Tagesordnung I

1. 11-S-00-0016  
Eröffnung durch den Stadtverordnetenvorsteher
2. 11-S-00-0017  
Wahl der/des Vorsitzenden
3. 11-S-00-0019  
Wahl der Schriftführerin/des Schriftführers
4. 11-S-00-0018  
Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden

**5. 11-S-00-0020**

Wahl von Verwaltungsbediensteten zu weiteren Schriftführerinnen/Schriftführern

**6. Genehmigung der Niederschrift**

**7. 12-A-51-0002**

Überflug von Militärmaschinen über Wiesbaden

Herr Major Sascha Greuel vom Luftwaffenamt Köln ist anwesend und berichtet.

**7.1 12-A-51-0004**

Fragenkatalog zum Flugbetrieb über Wiesbaden

**ANLAGE**

**7.2 11-F-08-0057**

Überflugverbot für Industriepark Kalle-Albert

Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 25.10.2011

Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0134 vom 29.11.2011

**ANLAGE**

**7.3 11-F-03-0082**

Risiko durch einen eventuellen Flugzeugabsturz über dem Industriepark „InfraServ Biebrich“

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.10.2011

Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0133 vom 29.11.2011

**ANLAGE**

**8. 12-F-33-0071**

Reduzierung der Flugbewegungen auf dem Wiesbaden Army Airfield

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 30.05.2012

Im Zuge des Umzugs des Hauptquartiers der US-Landstreitkräfte USAREUR von Heidelberg nach Wiesbaden sollen zur logistischen Unterstützung der Stäbe weitere militärische Luftfahrzeuge auf das Wiesbaden Army Airfield verlegt werden. In der Bevölkerung der anliegenden Ortsteile Wiesbadens wird daher befürchtet, dass die Fluglärmbelastung weiter zunehmen könnte.

Der Magistrat hat aus diesem Grunde die Anwohner und Ortsbeiräte der betroffenen Ortsteile in einer Bürgerversammlung umfassend über die Planungen der US Army informiert und auch Möglichkeiten zur Rückfragen mit den verantwortlichen Stellen der US Army und der Bundeswehr gegeben.

Jedoch sind - im Rahmen des Machbaren - weitere Anstrengungen geboten.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Ausschuss begrüßt die frühzeitige und umfassende Information des Magistrates.

Der Magistrat wird gebeten

- 1.) nachdem die nordöstlichen Ortsbeiräte informiert wurden, auch eine Infoveranstaltung für die südöstlichen Ortsbeiräte zu veranstalten.
- 2.) die Bürgerinnen und Bürger und die jeweiligen Ortsbeiräte auch künftig zeitnah über neue Entwicklungen zu informieren,
- 3.) alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um mit der US-Army nach Möglichkeit eine freiwillige Vereinbarung zur Reduzierung der Flugbewegungen an gesetzlichen Feiertagen und während der gesetzlichen Nachtruhe abzuschließen,

## 9. 12-F-03-0076

Akzeptanz für Erneuerbare Energien steigern -

Teilnahme am regionalen Modellprojekt der Helmholtz-Allianz ENERGIE-TRANS

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.05.2012

Die Energiewende stellt nicht nur eine technische, sondern auch eine gesellschaftliche Herausforderung dar. Unter der Überschrift „Ohne Verbraucher geht die Chose nicht“ beschrieb die örtliche Presse im Januar 2012 ein seit dem Herbst 2011 laufendes Forschungsprojekt der Helmholtz-Allianz. Die maßgeblichen Leitfragen lauten: „Was sind Menschen unter welchen Bedingungen bereit zu akzeptieren? Welche Instrumente müssen genutzt werden, damit Lösungen für Probleme gefunden werden?“

In der Modelluntersuchung (Laufzeit bis August 2016) sollen unter anderem die folgenden gesellschaftlichen Herausforderungen betrachtet werden:

- 1.) Notwendige Veränderungen im Nutzer- und Verbraucherverhalten,
- 2.) Akzeptanzprobleme und Konflikte um neue Infrastrukturen wie Speicherkraftwerke und Hochspannungstrassen,
- 3.) Anreizsysteme und geeignete politische und ökonomische Randbedingungen für die erforderlichen Innovationen,
- 4.) Umgang mit möglicherweise neu auftretenden Risikotypen,
- 5.) Verbindung formeller Planungsverfahren mit stärkerer gesellschaftlicher Partizipation sowie
- 6.) adäquate Betreibermodelle für dezentrale Energieanlagen.

Nähere Infos unter:

[http://www.helmholtz.de/pakt\\_fuer\\_forschung\\_und\\_innovation/impuls\\_und\\_vernetzungsfonds/helmholtz\\_allianzen/energy\\_trans/](http://www.helmholtz.de/pakt_fuer_forschung_und_innovation/impuls_und_vernetzungsfonds/helmholtz_allianzen/energy_trans/)

### Regionale Modellierung

In diesem Teilprojekt soll am Beispiel ausgewählter Regionen der heutige Ist-Zustand des Energie- und Verkehrssystems mit Trendszenarien, die einen höheren Anteil der Erneuerbaren Energieträger an den Versorgungsstrukturen vorsehen, ökonomisch und umweltbezogen vergleichend analysiert werden.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat die Möglichkeit, an dieser Modelluntersuchung im Rahmen einer Master- oder Diplomarbeit teilzunehmen und von den Ergebnissen maßgeblich

zu partizipieren. Das Projekt wird von dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT) und dem Institut für Technikfolgeabschätzung und Systemanalyse durchgeführt. Kosten werden nicht entstehen. Lediglich bei der Erstellung eines spezifischen Modells des Stadtgebietes müsste die Verwaltung das Forschungsvorhaben mit den erforderlichen Informationen unterstützen. Die Ergebnisse sollen handlungsorientiertes Wissen für eine effiziente und sozialverträgliche Ausgestaltung des künftigen Energiesystems in Wiesbaden bereitstellen.

Der Ausschuss möge beschließen:

- 1.) Der Ausschuss befürwortet eine Beteiligung Wiesbadens am regionalen Modellprojekt der Helmholtz-Allianz ENERGIE-TRANS.
- 2.) Der Ausschuss bittet den Magistrat, die dazu notwendigen Vereinbarungen mit dem Karlsruher Institut für Technologie zu treffen und die erforderliche Zuarbeit zu leisten.
- 3.) Der Ausschuss bittet um Berichterstattung nach der Sommerpause.

## 10. 12-F-33-0069

Zu gut für die Tonne

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 30.05.2012

Lebensmittelverschwendung ist ein weit verbreitetes Phänomen, nicht nur in Deutschland. Laut einer Studie der Europäischen Kommission landet rund die Hälfte aller produzierten Lebensmittel im Müll. Durchschnittlich verschwendet jeder Europäer jährlich etwa 179 kg noch essbare Lebensmittel.

Schuld ist häufig, dass Verbraucher die Begriffe „Mindeshaltbarkeitsdatum“ und „Verbrauchsdatum“ falsch interpretieren und Lebensmittel deswegen unnötig früh entsorgen.

Deshalb ist eine umfassende Informations- und Aufklärungskampagne nötig. Beispielhaft kann hierfür die Kampagne „Bitte nicht füttern“ des Niederösterreichischen Abfallwirtschaftsvereins herangezogen werden.

Der Ausschuss für Umwelt, Sauberkeit und Energie möge daher beschließen

Der Magistrat wird gebeten,

- 1.) eine Informationskampagne zum Thema „Haltbarkeit von Lebensmittel“ und gegen Lebensmittelverschwendung vorzubereiten. Angelehnt werden soll das Projekt an die Kampagne „Zu gut für die Tonne“ des BMELV.
- 2.) entsprechende Flyer an die Haushalte zu verteilen, um zusätzlich auf die Problematik aufmerksam zu machen.
- 3.) die Materialien vor Veröffentlichung dem Ausschuss für Umwelt, Sauberkeit und Energie vorzustellen.

## 11. 12-F-08-0067

„Essbare Stadt“

Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 30.5.2012

Eine Stadt muss nicht grau sein. Braucht keine Schmutzedecken oder von Hundekot übersäte Baumeinfassungen. Es gibt viele Ideen, wie man eine Stadt grüner und lebenswerter machen kann. Besonders das Konzept "Essbare Stadt" ist dabei besonders interessant. Die Stadt

Andernach hat es vorgemacht. Erdbeeren, Tomaten, Kartoffeln, Zucchini, Kürbisse, Karotten. Es gibt viele essbare Pflanzen, die sich für eine Besiedelung, auch auf kleinem Raum eignen. Die Besiedelung hat viele Vorteile. Die Pflanzen sehen schön aus. Sie gestalten die Stadt. Die Bepflanzung hält Hundehalter davon ab, die Flächen als Hundeklo zu missbrauchen. Besonders für Stadtkinder, die oft Obst und Gemüse höchstens aus dem Supermarkt kennen, ist das eine echte Bereicherung. Und zu guter Letzt kann man die Früchte der Pflanzen natürlich auch essen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen,

- 1) in wieweit eventuelle rechtliche Hindernisse einer Bepflanzung vorhandener Freiflächen mit Obst und Gemüse entgegenstehen.
- 2) welche Freiflächen für eine Bepflanzung in Frage kämen.
- 3) welche Maßnahmen ergriffen werden müssen um die Bepflanzung durch ehrenamtliches Bürger\_innenengagement zu ermöglichen.

**12. 12-V-36-0009**

**DL 14/12-4**

Gutachten "Die Tier- und Pflanzenwelt im Außenbereich"  
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0079 vom 24.04.2012

**ANLAGE** (Zurückstellungsbeschluss)

**13. 12-F-33-0027**

Umsiedlung der Tauben  
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 28.02.2012  
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0071 vom 24.04.2012

**ANLAGE** (Zurückstellungsbeschluss)

**14. 12-F-03-0052**

„Ruhige Gebiete“  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. April 2012  
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0074 vom 24.04.2012

**ANLAGE** (Zurückstellungsbeschluss)

## 15. 12-F-33-0070

Mein Solar Wiesbaden

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 30.05.2012

Zur Erfüllung des städtischen Klimaschutzzieles 20-20-20 ist es notwendig, dass alle Formen regenerativer Energie genutzt werden. Neben Windenergie und Geothermie, liegt ein großes Augenmerk auf der Nutzung der Solarenergie.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat daher im Jahr 2009 mit den Bürgersolaranlagen „Mein Solar Wiesbaden“ ein innovatives Projekt auf den Weg gebracht, welches den Ausbau der erneuerbaren Energien mit Engagement der Bürgerschaft verbindet.

*Der Ausschuss möge daher beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten zu berichten

- 1.) wie sich Mein Solar Wiesbaden zwischenzeitlich entwickelt hat,
- 2.) wie viele Solaranlagen durch Mein Solar Wiesbaden bislang verwirklicht wurden und welche Projekte in Planung sind,
- 3.) wie sich die zukünftige Nachfrage voraussichtlich entwickeln wird.

## 16. 12-F-08-0068

Öffnungszeiten Fasanerie - Bürger\_innenantrag

Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 30.05.2012

Der städtische Tierpark Fasanerie ist eine äußerst gelungene und beliebte Einrichtung, die besonders im Sommer und an Wochenende von vielen Familien mit Kindern besucht wird. Leider sind die Öffnungszeiten besonders im Sommer sehr kurz.

Dass im Winter um 17 Uhr Schluss ist, kann man wegen der frühen Dunkelheit verstehen. Dass aber im Sommer, wenn es bis 22 Uhr hell ist, die Pforten schon um 18 Uhr schließen, hält sicher viele Berufstätige von einem Besuch unter der Woche ab. Längere Öffnungszeiten kämen sicher der Gastronomie zugute, bei oft noch über 20 Grad bis weit nach 20Uhr, ist es für die kleinen und großen Besucher\_innen kaum nachzuvollziehen, warum um 18Uhr schon Schluss sein soll.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob es möglich ist während der Sommerzeit (April-Oktober) die Öffnungszeiten des Tierparks Fasanerie zu verlängern oder auch an besonderen Tagen / Events den Park bis zum Einsetzen der Dunkelheit offen zu halten.

## 17. 12-V-61-0022

DL 19/12-11

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Karl-Arnold-Straße" im Ortsbezirk Dotzheim in Verbindung mit § 13a Baugesetzbuch (BauGB) - Beschluss über die Aufstellung und die öffentliche Auslegung -

## 18. Verschiedenes

## Tagesordnung II

1. **12-V-67-0001** **DL 18/12-18**

Einplanung, Freigabe und Genehmigung von IM-Mitteln im Produkt Baumpflege zur Ersatzpflanzung von Bäumen und Herstellung von Baumgruben im Herbst 2012

2. **12-V-36-0012** **DL 18/12-2 NÖ**

Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 29.03.2012

- 3 **12-F-08-0005**

Kampagne „Fleischfreier Donnerstag“  
Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 19.01.2012

Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0026 vom 24.01.2012

**ANLAGE** (schriftlicher Bericht)

4. **11-F-33-0053** **DL 18/12-1**

Tierschutzkunde und Naturpädagogische Angebote für Kinder  
schriftlicher Bericht des Magistrats

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher